



öffentlich

Betreff:

Geschäftsführervergütung im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 07.02.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.03.2020

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Funktion als Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam in der Gesellschafterversammlung der *Klinikum „Ernst von Bergmann“ GmbH* angewiesen, dafür Sorge zu tragen, dass die Gehälter und Bezüge der Geschäftsführung des städtischen Klinikums solange nicht erhöht werden, bis alle Beschäftigungsverhältnisse des Klinikums und seiner Tochtergesellschaften den Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) unterliegen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2020 über die Umsetzung des Beschlusses zu unterrichten.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Am 06.01.2020 übergab die Initiative „Gesunde Zukunft“ zwei Bürgerbegehren für faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe „Ernst von Bergmann“ an den Wahlleiter der Landeshauptstadt Potsdam. Beide Unterschriftensammlungen waren zuvor in wenigen Wochen jeweils von mehr als 17.500 Menschen unterzeichnet worden.

In den letzten Jahren ist - trotz gegenteiliger Willensbekundungen der SVV - weder das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Klinikgruppe durchgesetzt worden, noch eine Annäherung der Vergütung an das Tarifniveau des TVöD erreicht worden. Damit hat die Geschäftsführung des Klinikums wesentliche Zielsetzungen nicht erreicht, die die Stadtverordnetenversammlung formuliert hat.

Eine Bindung der Einkommen der Geschäftsführung an die Vergütung aller im Klinikum Beschäftigten nach dem Tarifniveau des TVöD wäre nicht nur ein solidarisches Zeichen der Stadtverordneten an alle noch untertariflich bezahlten Mitarbeiter*innen der Landeshauptstadt Potsdam. Die Zustimmung zu unserem Antrag schafft für die Geschäftsführung des Klinikums auch einen stärkeren persönlichen Anreiz zur Umsetzung der sozial- und tarifpolitischen Zielsetzungen der Stadtverordnetenversammlung.